

Eine Minderheit, die nicht mehr schweigt

Nabila Espanioly

Die Palästinenser*innen, die nach dem Krieg von 1948 in ihrer Heimat bleiben konnten, wurden zur Minderheit in ihrem eigenen Land. In den letzten Jahrzehnte treten sie selbstbewusster für ihre Rechte ein.

Dieser Artikel befasst sich mit den Palästinenser*innen, die nach dem Krieg von 1948 in ihrer Heimat bleiben konnten und so zur Minderheit in ihrem Land geworden sind. Je nach Zählung wurden damals zwischen 369 und 531 palästinensische Ortschaften zerstört und mehr als 700.000 Palästinenser*innen flüchteten oder wurden vertrieben. Die Menschen hofften, bald in ihre Häuser zurückkehren zu können, doch die meisten leben bis heute als Flüchtlinge in aller Welt verstreut,¹ weshalb die Ereignisse von 1948 auch als Nakba bezeichnet werden. Nakba ist das arabische Wort für Katastrophe.

Die in Israel gebliebenen Palästinenser*innen haben die israelische Staatsbürgerschaft und stellen eine bedeutende Minderheit im Land dar. Dennoch wurden ihre Rechte, Interessen und Bedürfnisse vonseiten der Regierung und vieler öffentlicher Institutionen über Jahrzehnte vernachlässigt und sie werden bis heute als Staatsbürger*innen zweiter Klasse behandelt. Wie viele offizielle Berichte und

Dokumente sowie zahlreiche wissenschaftliche Umfragen und Studien deutlich machen, ist diese Ungleichbehandlung systematisch und wird durch Gerichtsurteile und Regierungsbeschlüsse immer wieder legitimiert und forciert.²

In diesem Aufsatz stelle ich die Lebensumstände und die Geschichte der palästinensischen Bürger*innen Israels dar. Ich schildere ihren Kampf um soziale, politische, wirtschaftliche, religiöse und nationale³ Gleichberechtigung und zeige dabei, welche Herausforderung dies für Israel und den ethnisch jüdischen Charakter des Staates darstellt.

Aber vorher noch eine kurze Anmerkung zu den Begrifflichkeiten: In offiziellen israelischen Dokumenten werden die in Israel lebenden Palästinenser*innen meist als „die Anderen“, als „Nichtjuden“, als „Angehörige einer Minderheit“, als „arabische Israelis“ oder „israelische Araber“ bezeichnet. Die Mehrheit der Juden und Jüdinnen in Israel vermeidet den Begriff Palästinenser*innen, weil er an das historische Palästina erinnert und mit ihm ein Anrecht auf

dieses Land verbunden werden könnte. Von ihrem Selbstverständnis her sind die Palästinenser*innen in Israel nicht nur Teil des palästinensischen Volks,⁴ sondern auch Teil der Umma al-Arabiya (der Arabischen Nation). Zugleich sind sie israelische Staatsbürger*innen. Deshalb wird im Folgenden hauptsächlich die Bezeichnung palästinensische Bürger*innen Israels verwendet.

Hintergrundinformationen

Es leben heute mehr als eineinhalb Millionen Palästinenser*innen in Israel,⁵ sprich jede/r fünfte israelische StaatsbürgerIn ist palästinensische/r AraberIn. Über 80 Prozent bekennen sich zum muslimischen und jeweils ungefähr 9 Prozent zum christlichen und drusischen Glauben.⁶

Die Mehrheit der israelischen Palästinenser*innen lebt in Galiläa im Norden Israels. Weitere palästinensische Bevölkerungszentren befinden sich in der Mitte des Landes, auf der östlichen Seite nahe der Grünen Grenze, vor allem im sogenannten Dreieck (Muthalath), sowie im Negev (Naqab)⁷ im Süden des Landes. Viele leben in eigenen Ortschaften, von denen aber nicht alle staatlich anerkannt sind.⁸ Die größte palästinensische Stadt mit etwa 75.000 Einwohner*innen ist Nazareth, gefolgt von Städten wie Rahat, Umm al-Fahm, Schefa-'Amr, Sachnin und Tayyibe. In Städten wie Jaffa, Haifa, Akko/Akka, Nazareth-Ilit⁹, Lod/Lidda und Ramle gibt es jeweils eine bedeutende palästinensische Minderheit. Die meisten israelischen Palästinenser*innen sprechen Arabisch mit einem spezifischen Dialekt und als zweite Sprache modernes Hebräisch.

Kultur und Tradition

Die palästinensischen Bürger*innen Israels achten darauf, ihre Traditionen und ihre Kultur zu bewahren, aber sie haben auch viel zu ihrer Weiterentwicklung beigetragen. Aus ihren Reihen stammen einige der größten palästinensischen Künstler*innen und Intellektuellen, darunter die Dichter*innen Tawfiq Ziad, Samih al-Qasim, Mahmud Darwish,¹⁰ Shakib Jahshan und Marwan Makhouh, der Schriftsteller Emil Habibi,¹¹ der Historiker und Politikwissenschaftler Emil Touma, die Filmregisseure Elia Suleiman,¹² George Khalife und Hany Abu-Assad, die Schauspieler*innen Mohammad Bakri,¹³ Yussuf Abu-Warda, Salwa Nakra und Rima Awad, die Musiker*innen Amal Murkus,¹⁴ Camilia Gobran, Theresa Suleiman, Le Trio Joubran und Rola Azar, die Komponist*innen Bishara al-Khil und Salim Abboud sowie die bildenden Künstler*innen Rana Bishara, Reem Kandalaft, Cecile Qahly, Juhaina Habibi Kandalaft, Areej Lawen und Manar Zuabi. In den letzten Jahren hat die palästinensische Rap-Gruppe Dam¹⁵ weltweit Erfolge gefeiert. Es sind auch mehrere erfolgreiche Tanzensembles entstanden, die sich als Teil des palästinensischen Existenzkampfes betrachten und auch so wahrgenommen werden. Heute zeichnet sich die palästinensische Kultur- und Kunstszene in Israel durch Weltoffenheit, Vielfalt und zahlreiche kritische Stimmen aus.

Enteignungen und Wohnungsnot

Eine Reihe seit 1948 in Israel verabschiedeter Gesetze hat die Enteignung palästinensischen Grundbesitzes ermöglicht und legitimiert. Palästinenser*innen, die während des Krieges 1948 geflohen waren oder vertrieben wurden und sich nach Kriegsende nicht in ihren ursprünglichen Wohnorten, sondern in anderen Teilen des neu gegründeten Staates Israel befanden, gelten nach israelischem Recht als „anwesende Abwesende“ (present absentees). Ungefähr ein Viertel der in Israel lebenden Palästinenser*innen gehört zu dieser Kategorie von Flüchtlingen im eigenen Land. Nach israelischem Recht können „Abwesende“, einschließlich „anwesende Abwesende“, ihre Eigentumsrechte an Grundbesitz nicht geltend machen. Somit wurde diesen Menschen nach 1948 konsequent das Recht auf die Rückkehr in ihre Häuser und auf ihr Land verweigert. Stattdessen vergaben die Behörden deren Gebäude und Land häufig an jüdische Neueinwander*innen.

Die palästinensische Bevölkerung in Israel, die von 150.000 im Jahr 1948 auf derzeit über 1,5 Millionen Menschen angestiegen ist, leidet unter großer Wohnungsnot, insbesondere weil die bestehenden palästinensischen Ortschaften mangels bauplanlicher Genehmigungen kaum erweitert werden können. Seit 1948 sind nur sieben neue arabische Orte entstanden, dabei handelt es sich um neue Ortschaften für Beduin*innen im Negev,¹⁶ die zusammen mit dem Gemeindeverband Abu Basama mit dem Ziel errichtet wurden, die Beduin*innen von ihrem Land, auf dem sie bisher lebten, zu entfernen. Andererseits wurden Hunderte neue jüdische Ortschaften gebaut, oft auf dem Land von ehemaligen palästinensischen Städten und Dörfern und enteignetem palästinensischen Land. Auf der Suche nach Ausweichmöglichkeiten versuchen palästinensische Bürger*innen sich in jüdischen Ortschaften niederzulassen. Dies wird jedoch meist von jüdischen Bewohner*innen und den Behörden, inklusive der Kibbuzim, unterbunden. So gibt es kaum überwindbare bürokratische Hürden, und gerade in kleineren Gemeinden existieren vielerorts Auswahlkomitees, von deren Zustimmung der Zuzug abhängig ist.

Sozioökonomische Entwicklungen

Im kollektiven Gedächtnis des palästinensischen Volkes, aber auch im Alltag sind die tragischen Folgen der Nakba bis heute präsent. Ein Aspekt ist die langfristige Schwächung der sozioökonomischen Grundlagen des palästinensischen Lebens in Israel.

Bis 1948 war Palästina stark von der Landwirtschaft geprägt. Nach der Nakba und der Konfiszierung erheblicher Teile des landwirtschaftlich genutzten Lands verloren die Palästinenser*innen ihre Existenzgrundlage. Die palästinensische Industrie, die damals in ihren Anfängen war, wurde ebenfalls zerstört. Daher mussten die meisten Palästinenser*innen im jüdischen Wirtschaftsbereich Arbeit suchen. Aus einer ursprünglich überwiegend bäuerlichen palästinensischen Bevölkerung wurden mehrheitlich abhängige Lohnarbeiter*innen.

Mit der veränderten Erwerbsstruktur gingen weitere gesellschaftliche Veränderungen einher. Die meisten Männer fanden Arbeit im jüdischen Wirtschaftsbereich, insbesondere in Fabriken und im wachsenden Dienstleistungssektor. Die palästinensischen Frauen, die zuvor wichtige Mitarbeiter*innen der familiären landwirtschaftlichen Betriebe gewesen waren, verloren diese Funktion. Für eine lange Zeit gab es für sie kaum Alternativen zur Hausarbeit, womit sich ihre Stellung in der Familie verschlechterte. Erst später erhielten Frauen Zugang zu neuen Erwerbsmöglichkeiten, aber die geringe Anzahl von Arbeitsplätzen in den Dörfern und die schlechten Verkehrsanbindungen schränkten ihre Teilnahme am Arbeitsmarkt stark ein. Bis heute ist nur etwa ein Viertel aller palästinensischen Frauen in Israel berufstätig.

Nach 1967 entwickelte sich ein palästinensischer Wirtschaftsbereich am Rande und in Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft. Von staatlicher Seite wird dieser bis heute benachteiligt, was sich besonders bei Subventionen und Investitionen in die Infrastruktur zeigt. So wurden beispielsweise Orte in Gebieten mit primär arabischer Bevölkerung bei der Ansiedlung zukunftsreicher Industrien nicht berücksichtigt. Im Jahre 2013 gab es 44 Ausschreibungen für Industriezonen in Israel – keine davon in arabischen Städten. Zu den größten Problemen in ökonomischer Hinsicht zählen die fehlende Anbindung arabischer Ortschaften an das öffentliche Verkehrsnetz und die mangelhafte Instandhaltung existierender Infrastruktur. Dies hat zu den dramatischen Unterschieden zwischen der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung Israels in nahezu allen Lebensbereichen beigetragen. Etwa 58,2 Prozent der palästinensischen Familien in Israel leben unterhalb der Armutsgrenze, fast 66 Prozent aller arabischen Kinder sind arm im Gegensatz zu 31,4 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Und die Situation verschlechtert sich rapide. Diese Unterschiede könnten heute nur noch durch enorme wirtschaftliche Investitionen ausgeglichen werden, darunter Entschädigungszahlungen für erlittene Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten.

Politische Veränderungen

Die nach 1948 in Israel verbliebenen Palästinenser*innen erhielten zwar 1952 durch das sogenannte Nationalitätsgesetz die israelische Staatsbürgerschaft, aber sie unterstanden von 1948 bis 1966 der Militärregierung und damit dem Kriegsrecht. Dadurch war es jederzeit möglich, gegen sie Ausgangssperren oder Administrativhaft (Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren) zu verhängen. Sie brauchten Reisegenehmigungen, um von einem Dorf in das andere zu gelangen. Sie mussten Ausweisungen befürchten und litten unter Polizeigewalt.

Obwohl sie ihre traditionelle politische Führung durch die Ereignisse von 1948 verloren hatten, gelang es ihnen, sich politisch neu zu organisieren, um gegen Ausweisungen und die Militärregierung sowie für ihr Recht auf Arbeit, auf freie Meinungsäußerung und für andere politische und soziale Rechte zu kämpfen. 1966 wurde die Militärregierung abgeschafft, doch die israelischen Behörden und der Geheimdienst (Shin Bet) kontrollieren

und überwachen die palästinensische Bevölkerung in Israel bis heute.

Die Kommunist*innen sind die einzige politische Kraft, die bereits vor 1948 aktiv war und auch heute noch existiert. 1948 ließ sich die Israelische Kommunistische Partei (KPI), die jüdische und palästinensische Mitglieder hatte, offiziell registrieren, um an den ersten Parlamentswahlen teilzunehmen. Sie ist bis heute die politische Partei mit der größten Anhängerschaft in der palästinensischen Bevölkerung Israels, auch wenn bis zu den Ereignissen von 1976 (siehe unten) viele Palästinenser*innen durchaus zionistische Parteien wählten.

Ein entscheidender Wendepunkt für die palästinensischen Bürger*innen Israels war die Aufhebung der Militärregierung und die Möglichkeit, nach dem Krieg von 1967 das erste Mal seit Gründung Israels Kontakt zu den in der Westbank und im Gazastreifen lebenden Palästinenser*innen aufzunehmen, zu denen sie zahlreiche familiäre Beziehungen unterhalten. Dies und die internationale Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als der einzigen legitimen Vertretung der Palästinenser*innen (Israel erkannte die PLO erst im Rahmen der Osloer Verträge Anfang der 1990er Jahre an) führten zu einer erneuten Politisierung und einem verstärkten Aktivismus insbesondere der jüngeren Generation, die sich stolz auf ihre Herkunft zeigte. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre kam es zur Bildung neuer politischer Gruppierungen wie etwa Abnaa el-Balad (Söhne des Landes).¹⁷

Im Jahr 1975 schlossen sich die KPI und andere demokratische Kräfte zur Demokratischen Front für Frieden und Gleichberechtigung (Chadasch/al-Dschabha) zusammen und nahmen als solche an lokalen und nationalen Wahlen teil. Chadasch/al-Dschabha hat den Kampf der palästinensischen Bevölkerung Israels auf ein neues Niveau gehoben. Als einzige arabisch-jüdische nicht-zionistische Organisation hat sie eine wichtige Rolle in der Friedensbewegung in Israel gespielt wie auch beim Aufbau von Institutionen, die für die kollektiven Rechte der Palästinenser*innen eintreten: zum Beispiel das Komitee palästinensischer Bürgermeister, das High-Follow-up-Komitee für arabische Bürger Israels¹⁸ oder das Komitee zur Verteidigung von Grundbesitz. Letzteres hat 1976 zum ersten Generalstreik der Palästinenser*innen in Israel gegen Landenteignungen durch die Regierung aufgerufen. Der Staat reagierte auf diese erste kollektive politische Aktion mit Gewalt, sechs Palästinenser*innen wurden von der Polizei während eines friedlichen Protests getötet. Der Tag dieses Protests, der 30. März, wird seitdem jährlich als „Tag des Bodens“ begangen, nicht nur von den Palästinenser*innen in Israel, sondern vom gesamten palästinensischen Volk.

Während die Ereignisse von 1948 die Zerstörung der traditionellen politischen Strukturen der palästinensischen Bevölkerung mit sich brachten, können die 1970er und 1980er Jahre als Phase des Wiederaufbaus einer aktiven Zivilgesellschaft und der Institutionalisierung von kollektiven Vertretungsgremien betrachtet werden.

1987 begann die Erste Intifada in der Westbank und im Gazastreifen. Sie war eine politische Reaktion auf die fortwährende militärische Besetzung dieser Gebiete, die auch viele jüdische und palästinensische Bürger*innen Israels

motiviert, auf die Straße zu gehen und sich an diesem Kampf zu beteiligen.

Als der damalige Ministerpräsident Jitzchak Rabin 1993 den Vertragstext für das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO der Knesset zur Abstimmung vorlegte, war er auf die Unterstützung von Chadasch/al-Dschabha und der Arabischen Demokratischen Partei¹⁹ angewiesen. Diese schlossen sich zu einem Block zusammen und stimmten für das Abkommen. Damit haben sich die Palästinenser*innen in Israel in Form ihrer parlamentarischen Vertretung zum ersten Mal an einer wichtigen nationalen Entscheidung beteiligt. Die israelische Regierung beschloss damit, endlich die PLO anzuerkennen, und die PLO wiederum erkannte Israel in den Grenzen vor dem Krieg von 1967 an. Die Zweistaatenlösung, die lange Zeit nur von den Kommunist*innen im Land propagiert worden war, war damit zu einem offiziellen Ansatz zur Lösung des Israel-Palästina-Konflikts geworden.

1996 traten mit der neugegründeten Demokratischen Nationalen Allianz (Balad/al-Tadschamu') und mit einer von der Islamischen Bewegung geführten Liste zwei weitere Parteien, die sich vornehmlich an die palästinensische Bevölkerung richten (zusätzlich zu Chadasch/al-Dschabha und der Arabischen Demokratischen Partei), zu den Parlamentswahlen an. Damit hat sich die aktive Teilnahme der Palästinenser*innen am politischen Leben Israels deutlich erhöht. Ihre Wahlbeteiligung erreichte 1996 mit 77 Prozent den höchsten Stand seit 1976 (80 Prozent) und lag damit nur knapp unter der allgemeinen Wahlbeteiligung (79 Prozent). Die beiden neuen Parteien schafften auf Anhieb den Einzug in die Knesset.

Balad/al-Tadschamu', in der sich mehrere kleinere Linksparteien zusammengeschlossen haben, fordert in ihrem Programm, die Definition des Staates Israel zu ändern: weg von einem „jüdischen Staat“ hin zu einem „Staat aller seiner Bürger“. Zudem setzt sie sich dafür ein, dass der arabischen Bevölkerung Israels ein Sonderstatus als „nationale Minderheit“ gewährt wird. Mit der Zeit hat sich Balad/al-Tadschamu' als die Strömung innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels etabliert, die am stärksten die nationale Identität der Palästinenser*innen betont. Die Islamische Bewegung in Israel hat wiederum zwei Fraktionen: Die eine betreibt parlamentarische Politik, und die andere nimmt zwar auch an Kommunalwahlen teil, leistet ansonsten aber vor allem außerparlamentarische Arbeit. Die Letztere wurde im November 2015 wegen angeblicher Staatsfeindlichkeit verboten.

Die hohe Wahlbeteiligung von 1996 ist ein Indikator dafür, dass die Mehrheit der Palästinenser*innen an politischen Entscheidungsprozessen im Land beteiligt sein möchte. Sie wollen ihre Ziele auf demokratische Weise über politische Auseinandersetzungen im Rahmen des bestehenden Systems erreichen. Nur ein kleiner Teil lehnt das System und eine Beteiligung daran grundsätzlich ab.

Gegen diesen Willen zur aktiven politischen Teilhabe machen seit 1996 die zunehmend rechts gerichteten Regierungen mobil, die zu einer Politik der Bevormundung wie in den 1950er und 1960er Jahre zurückkehren wollen. Sie vertreten gegenüber den Palästinenser*innen in Israel eine koloniale Haltung, eine Politik des „Teile und Herrsche“,

mit der die arabische Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Linien gespalten und geschwächt werden soll.

Im Oktober 2000 brach die Zweite Intifada aus. Die Regierung ließ die Demonstrationen in Israel gegen den übermäßigen Gewalteininsatz der israelischen Armee in der Westbank und im Gazastreifen gewaltsam niederschlagen. Zwölf israelische Palästinenser wurden dabei getötet. Als Folge dieser politischen Entwicklung ist heute nur ein kleiner Teil der Palästinenser*innen in Israel noch Mitglied einer zionistischen Partei oder wählt sie.

Die palästinensische Bevölkerung in Israel ist heute jedoch keine marginalisierte Randgruppe mehr. Sie hat viel Selbstbewusstsein gewonnen, hat eigene Parteien gegründet und Initiativen ergriffen, um die Politik des Landes mitzubestimmen und sie zu verändern. Sie vertreten eine Vielfalt an Positionen.

In Bezug auf den Kampf um nationale Gleichberechtigung stimmen Chadasch/al-Dschabha, die Islamische Bewegung und Balad/al-Tadschamu' überein, während sie bei ihren Haltungen zu Fragen sozialer Gerechtigkeit, sexueller Freiheiten oder zur Wirtschaftspolitik zum Teil weit auseinanderliegen. Deutliche Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der propagierten Lösungsvorschläge für den Israel-Palästina-Konflikt. In ihrem Kampf für die Rechte von Frauen und der LGBTTIQ-Community, gegen Polygamie und Kinderheirat bleiben die Feminist*innen oft allein.

2013 beschloss die israelische Regierung, die Hürde für den Einzug in die Knesset von zwei auf 3,25 Prozent hochzusetzen. Dies bedrohte die Existenz der arabischen Parteien und war Auslöser für die Bildung der Gemeinsamen Liste. Bei den Knesset-Wahlen im März 2015 schafften 13 Vertreter*innen der Liste den Sprung ins Parlament, wobei Chadasch/al-Dschabha als größte Partei fünf Abgeordnete und den Vorsitzenden der Gemeinsamen Liste stellt.

Es ist noch nicht abzusehen, ob die [no-explanation] Gemeinsame Liste[no-explanation] erfolgreich sein wird oder nicht, aber als eine der an diesem Prozess beteiligten Personen kann ich nur sagen, dass sie ein großes Potenzial hat und eine große Herausforderung für uns alle darstellt. Auf jeden Fall kommt in der Gemeinsamen Liste eine veränderte politische Haltung der palästinensischen Minderheit zum Ausdruck. So war die Beteiligung der Palästinenser*innen an den Knesset-Wahlen 2015 sogar noch höher als 1996. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Strömungen bleiben bestehen, aber es wurde eine Plattform geschaffen, die es ermöglicht, mit diesen Unterschieden umzugehen und zusammen weiter für die gemeinsamen Ziele zu kämpfen. Heute ist der Kampf um eine säkulare demokratische und gleichberechtigte Gesellschaft wichtiger denn je, und dies ist ein Kampf der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung gleichermaßen.

Bürgerrechte und Diskriminierung

Die palästinensischen Bürger*innen Israels fühlen sich durch den explizit jüdischen Charakter des Staates benachteiligt und haben in mehrfacher Hinsicht unter den Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts zu leiden. Neben der institutionalisierten Diskriminierung sind sie im Alltag mit einer allgemein skeptischen, oft sogar offen feindseligen

Haltung vonseiten der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert. Die Ungleichheit zwischen der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung nimmt in fast allen Lebensbereichen zu, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Rechtlicher und politischer Status: Israel hat bis heute keine Verfassung, und obwohl in der israelischen Unabhängigkeitserklärung deklariert wird, dass der Staat allen seinen Bürger*innen unabhängig von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung zu gewähren hat, wird das „Recht auf Gleichbehandlung“ in den Grundgesetzen nicht ausdrücklich genannt. Dies steht in absolutem Gegensatz zu den heute anerkannten Normen des vergleichenden und internationalen juristischen Diskurses, die die kollektiven Rechte nationaler Minderheiten und insbesondere indigener Völker rechtlich anerkennen und moralisch stärken.

Jahrelang bewegte sich der rechtliche und politische Status der palästinensischen Bürger*innen in Israel zwischen Gleichberechtigung (wir haben zum Beispiel das Wahlrecht und müssen die gleichen Steuern bezahlen wie die jüdischen Bürger*innen) und einer de facto Diskriminierung und Verletzung von grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten. Ironischerweise findet man/frau im israelischen Rechtssystem sowohl explizit diskriminierende Gesetze als auch solche, die jegliche Diskriminierung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit und/oder Nationalität verbieten. Dieser Widerspruch erklärt sich durch den offiziellen Doppelcharakter des israelischen Staates, er ist als jüdisch und demokratisch definiert. Im Falle eines Konflikts zwischen diesen beiden Aspekten treten die universellen demokratischen Werte jedoch meist zugunsten der jüdischen zurück.

Es gibt Gesetze, die die palästinensischen Staatsbürger*innen direkt oder indirekt diskriminieren, wie das Rückkehrgesetz, das die Staatsangehörigkeit und Einreise nach Israel regelt, oder die Gesetze zur Landenteignung. Ihre Zahl nimmt zu. Allein in den Jahren 2008 und 2009 wurden 21 Gesetze verabschiedet, die die palästinensischen Bürger*innen Israels benachteiligen. Die gegenwärtige Regierung ist für mehrere Gesetze verantwortlich, die das Recht auf freie Meinungsäußerung unverhältnismäßig einschränken, z.B. das Nakba-Gesetz oder das „Film-Gesetz“, das als Bedingung für staatliche Zuschüsse von der gesamten Crew eines Filmprojekts verlangt, sich als loyal gegenüber dem israelischen Staat zu erklären.

Derartige Gesetze schüren bzw. verschärfen das Misstrauen gegenüber den Palästinenser*innen und schränken ihre Bürgerrechte erheblich ein. Sie sind antidemokratisch, entfremden die palästinensische Minderheit in Israel (weiter) dem Staat und seinen Institutionen und schwächen ihren schon jetzt prekären staatsbürgerlichen Status in ihrer Heimat.

Erziehung und Bildung: Per Gesetz sollen die Institutionen des israelischen Erziehungswesens jüdische Werte und Traditionen stärken und fördern und die zeitgenössische jüdische Kultur widerspiegeln, was eine klare Bevorzugung der Mehrheitsbevölkerung bedeutet. Der israelische Staat finanziert und kontrolliert die meisten Schulen des Landes. Statistiken zeigen, dass sich die öffentlichen Investitionen in arabische Schulen auf durchschnittlich 534

NIS pro SchülerIn belaufen, verglichen mit 1.779 NIS pro SchülerIn in jüdischen Schulen (4,25 NIS entsprachen Mitte 2016 in etwa einem Euro).²⁰ In den arabischsprachigen Schulen ist Hebräisch ab der 3. Klasse Pflichtfach, an den hebräischsprachigen Schulen werden dagegen nur Grundkenntnisse in Arabisch vermittelt. Trotz mehrerer Versuche ist es uns bis heute noch nicht gelungen, in Israel eine arabischsprachige Universität zu gründen.

Dennoch gibt es in zahlreichen Bereichen Fortschritte zu verzeichnen. So ist beispielsweise die Zahl der Schulabgänger*innen mit Abitur stark angestiegen und der Zugang zu neuen Arbeitsbereichen wurde mit großer Willenskraft und persönlichem Einsatz erschlossen. Waren Araber*innen früher die Putzkräfte an den Krankenhäusern, stellen sie heute einen großen Teil des Pflegepersonals und der Ärzteschaft. Wenn auch oftmals nicht anerkannt, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft des Landes.

Verhältnis zwischen palästinensischer und jüdischer Bevölkerung

Das Verhältnis zwischen palästinensischer und jüdischer Bevölkerung wird immer angespannter, obwohl die meisten Bewohner*innen Israels Opfer der neoliberalen Regierungspolitik sind, die vornehmlich die Interessen der Reichen in Israel und der Welt vertritt. Die Mehrheit der Palästinenser*innen mühen sich Tag für Tag darum, ihren Lebensstandard irgendwie zu halten, und arbeiten hart, um ihren Kinder eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Ähnliches gilt auch für viele jüdische Israelis. Andere sind vor allem darauf bedacht, ihren Wohlstand und ihre Privilegien zu verteidigen. Nur wenige in der jüdischen Mehrheitsgesellschaft sind sich des Widerspruchs zwischen dem „demokratischen“ und dem „jüdischen“ Charakter des Staates bewusst, und dies sind die wenigen Menschen, die versuchen, gemeinsam mit Palästinenser*innen in Israel

neue Alternativen aufzubauen.

Es herrscht eine starke räumliche Segregation, die sowohl durch die Lebensumstände als auch durch das politische Klima gefördert wird. Die Mehrheit der palästinensischen Bürger*innen lebt in ihren eigenen Ortschaften. Selbst in Städten mit gemischter Bevölkerung wohnen die Palästinenser*innen oft in ihren eigenen Vierteln. Ehen mit jüdischen Israelis sind äußerst selten, auch das Schulsystem trennt die beiden Welten, erst auf den Universitäten kommen beide Gruppen zusammen. Umfragen aus den vergangenen Jahren deuten auf eine wachsende Kluft zwischen beiden Seiten hin, vor allem unter jungen Leuten, was den gemeinsamen Kampf für ein besseres Leben nicht einfach macht.

Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung hat eine zunehmend negative Haltung gegenüber ihren palästinensischen Mitbürger*innen. So hat das Zentrum gegen Rassismus festgestellt, dass 75 Prozent der jüdischen Israelis nicht mit Araber*innen in einem Gebäude leben wollen, mehr als 60 Prozent wollen keine Araber*innen zu sich nach Hause einladen, und 40 Prozent meinen, dass Araber*innen das Wahlrecht aberkannt werden sollte. Mehr als 50 Prozent

stimmten der Aussage zu, dass der Staat die Auswanderung arabischer Israelis in andere Länder fördern sollte, und 59 Prozent stufte die arabische Kultur als primitiv ein.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass trotz all dieser skizzierten negativen Entwicklungen es immer noch Initiativen gibt, die sich für einen gemeinsamen Kampf für Frieden und Gleichberechtigung einsetzen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Tarabut – Hithabrut,²¹ eine arabisch-jüdische Bewegung, die sowohl gegen die Besatzung als auch für soziale Gerechtigkeit in Israel kämpft; Sik-kuy (Hebräisch für Chance) – Vereinigung für die Förderung staatsbürgerlicher Gleichheit,²² die israelische Organisation der Ärzte für Menschenrechte²³ oder „Hand in Hand“ – das Zentrum für jüdisch-arabische Erziehung in Israel, das Schulen und Kindergärten fördert, wo zweisprachig, das heißt sowohl in Hebräisch als auch Arabisch, unterrichtet wird.

Ausblick

Die palästinensische Bevölkerung Israels kann und will die Ideologie und die nationalen Ambitionen der jüdischen Mehrheit nicht teilen. Dennoch sieht sie ihre Zukunft mehrheitlich als nationale Minderheit im Staat Israel. Auf dieser Grundlage, dass beide Gruppen Staatsbürger*innen eines gemeinsamen Staates sind, wollen wir für eine Gleichberechtigung der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung kämpfen.

Um dies zu erreichen, müssen Palästinenser*innen in Israel weiterhin gegen Diskriminierung und gegen Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft kämpfen und sich gleichzeitig für Emanzipation und Fortschritt wie auch für das Recht der Palästinenser*innen auf einen eigenen Staat und Selbstbestimmung einsetzen. Sie müssen mehr tun, um an all diesen Fronten den gemeinsamen Kampf zu stärken.

Ungeachtet der zahlreichen Probleme ist es vielleicht immer noch möglich, in Israel eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle Bürger*innen gleichberechtigt leben können – sowohl als Individuen als auch als Kollektiv. Um die allgemein anerkannten Menschen- und Minderheitenrechte im Land durchzusetzen, bedarf es eines breiten Bündnisses, an dem sich auch die jüdischen Bürger*innen Israels und die internationale Gemeinschaft beteiligen müssen.

Nur zusammen mit Mitstreiter*innen wie progressiven jüdischen Kräften wird es uns gelingen, Einfluss auf die israelische Politik zu nehmen und unsere staatsbürgerlichen Rechte irgendwann im vollen Umfang wahrnehmen zu können. Unsere jüdischen Bündnispartner*innen sollten sich aber auch bewusst sein, dass es ohne die aktive Beteiligung der palästinensischen Bevölkerung niemals eine wirkliche progressive politische Veränderung in Israel geben wird. Wir müssen klug genug sein, um die von der israelischen Regierung geschürte Angst in der Gesellschaft zu durchbrechen und die Realität aus dem Inneren des Systems heraus zu verändern. Unsere Orientierung sollte sein: erhalten, was unsere Eltern erreicht haben, und zusammen mit unseren jüdischen Bündnispartner*innen nach vorn schauen und neue Wege beschreiten. Dabei muss es uns gelingen, die jüdische

Bevölkerung von ihrer kolonialen Denkweise zu befreien. Das ist unsere Verantwortung.

Es geht bei unserem Kampf jedoch nicht nur um Rechte, sondern auch um den gleichberechtigten Zugang zu staatlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, sowohl als Individuum als auch als Gruppe. Hierfür bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung der herrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen und Strukturen. Ein solcher Prozess, so er denn umfassend und an den Prinzipien der Gleichberechtigung zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung orientiert wäre, könnte zur Grundlage von emanzipatorischen und gleichheitlichen sozialen Beziehungen werden, die jede Gesellschaft anstreben sollte. Letztendlich kann die Durchsetzung politischer und sozialer Rechte für alle, sowohl der Minderheit als auch der Mehrheit, das Gefühl der Zugehörigkeit stärken und gleiche Chancen für alle schaffen.

Nabila Espanioly, 1955 in Nazareth geboren, ist palästinensische Staatsbürgerin Israels und seit 25 Jahren eine zentrale Akteurin der israelischen Linken und der feministischen Bewegung. Sie ist insbesondere in Chadasch/al-Dschabha aktiv. Sie ist Diplom-Psychologin und hat in Bamberg studiert. 1989 war sie Mitbegründerin des feministischen Frauenzentrums al-Tufula, dessen Direktorin sie bis heute ist. Das Zentrum richtet sich gegen die patriarchalen Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft in Israel, engagiert sich für die Rechte und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und ist auf dem Feld der frühkindlichen Erziehung aktiv. Zudem setzt sich Nabila Espanioly für die Gleichberechtigung von Palästinenser*innen in Israel ein, etwa in ihrer Funktion als Mitbegründerin der NGO Mossawa, die für die Bürgerrechte der palästinensischen Minderheit kämpft. Schließlich ist sie in der jüdisch-palästinensischen Friedensbewegung aktiv und war Mitbegründerin der jüdisch-palästinensischen Koalition von Frauen für den Frieden. Für ihr Engagement hat sie 2003 den Aachener Friedenspreis erhalten.

Anmerkungen

- 1 Laut UNRWA, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, sind etwa fünf Millionen Palästinenser*innen als Flüchtlinge anerkannt. Es handelt sich dabei um Personen, die aus ihren angestammten Gebieten vertrieben wurden oder geflohen sind, sowie um deren Nachkommen. Vgl. www.unrwa.org/who-we-are.
- 2 Eine gute englischsprachige Quelle diesbezüglich ist die Webseite von Adalah (auf Deutsch „Gerechtigkeit“), einer in Haifa ansässigen unabhängigen Menschenrechtsorganisation, die sich für die politischen und juristischen Belange der arabischen Minderheit in Israel einsetzt: www.adalah.org/.
- 3 Dies bezeichnet die Forderung nach Anerkennung und Gleichberechtigung des Selbstverständnisses der Palästinenser*innen als Teil des palästinensischen Volkes. Da sich die jüdische Mehrheit als Teil des jüdischen Volkes definiert, fordern die palästinensischen Staatsbürger*innen Gleichberechtigung in dieser Hinsicht und dass dementsprechend zum Beispiel ihre Sprache, Kultur und Geschichte im öffentlichen Leben Ausdruck finden können. Das bezieht sich nicht nur auf offizielle Feiertage und Symbole, sondern vor allem auf die Lehrpläne an öffentlichen Schulen und die öffentliche Förderung von Kultur in weiten Sinne.
- 4 Das palästinensische Statistikamt in Ramallah bezifferte Ende 2015 die Zahl der Palästinenser*innen weltweit auf über 12 Millionen. Die Zahlen sind jedoch umstritten, manche gehen davon aus, dass es 10 bis 20 Prozent weniger sind. Von den Palästinenser*innen, die heute außerhalb des historischen Palästinas (also Israel und den besetzten Gebieten) leben, müssen viele in Flüchtlingslagern ausharren, vor allem in den arabischen Nachbarländern.
- 5 Diese Zahl bezieht sich auf alle, die innerhalb der international anerkannten Grenzen des Staates Israel leben. Die Bewohner*innen der seit 1967 besetzten Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem und der besetzten syrischen Golanhöhen, sind hier nicht eingerechnet.
- 6 Bei der drusischen Religion handelt es sich um eine Abspaltung vom Islam mit eigenen Institutionen. Die Drus*innen leben vorwiegend in Galiläa. Außerdem ist auch die ehemalige syrische Bevölkerung der besetzten Golanhöhen meist drusisch.
- 7 Der Negev/Naqab ist die traditionelle Heimat eines Großteils der Beduin*innen. Etwa 20 Prozent der palästinensischen Bürger*innen Israels sind Beduin*innen, das heißt circa 200.000 Menschen.
- 8 Bei den nicht anerkannten Ortschaften handelt es sich meist um Dörfer von Beduin*innen im Negev/Naqab, die bereits vor der Staatsgründung existierten oder entstanden, als die Beduin*innen nach 1948 von der israelischen Armee aus ihren ursprünglichen Dörfern dorthin umgesiedelt wurden. Da sie vom Staat nicht anerkannt werden, sind sie in der Regel nicht an die Wasser- und Stromversorgung angeschlossen und verfügen auch nicht über Schulen. Ihre Bewohner*innen, etwa 100.000 Menschen, also über ein Prozent aller israelischen Staatsbürger*innen, leben unter der ständigen Drohung, dass ihre Häuser von den israelischen Behörden zerstört und abgerissen werden. Vgl. hierzu die Webseite des Negev-Koexistenz-Forums für staatsbürgerliche Gleichheit, einer Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.dukium.org/.
- 9 Während die anderen Städte vor 1948 Kommunen mit mehrheitlich palästinensischer Bevölkerung waren, wurde Nazareth-Ilit 1957 als jüdische Ortschaft oberhalb von Nazareth auf eigens für diesen Zweck enteignetem Land gegründet und ist seit 1974 Stadt. Die meisten palästinensischen Bewohner*innen leben in eingemeindeten palästinensischen Dörfern.
- 10 Vgl. www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/belletristik/nachruf-auf-mahmoud-darwish-ich-bin-joseph-o-vater-1679883.html.
- 11 Vgl. www.lenos.ch/books/habibi_peptimist.html & <http://de.qantara.de/inhalt/die-wiedererschaffung-palaestinas-in-der-literatur-ein-land-aus-worten>.
- 12 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Elia_Suleiman.
- 13 Vgl. www.filmstadt-muenchen.de/wp-content/uploads/2012/12/PIF_flyer_2013_final_screen.pdf?4c9b33.
- 14 Vgl. <http://972mag.com/the-palestinian-israeli-singer-challenging-everyones-misconceptions/115197/>.
- 15 Vgl. www.damrap.com/.
- 16 Beduin ist das arabische Wort für Menschen, die in der Wüste oder in wüstenähnlichen Gegenden leben und mithin oft Nomaden sind. Zumindest seit dem Ende des 19. Jahrhunderts handelt es sich bei den Beduin*innen im Negev/Naqab um eine halbnomadische Bevölkerungsgruppe, die schwerpunktmäßig Landwirtschaft auf eigenem Grundbesitz betreibt. Sie sind also mehrheitlich sesshaft, und heute lebt etwa die Hälfte von ihnen in Städten. Siehe hierzu auch den Artikel von Ahmad Amara und Oren Yiftahel zum Landkonflikt im Negev.
- 17 Abnaa el-Balad ist eine politische Gruppierung, die 1969 aus einer Bewegung von arabischen Student*innen hervorgegangen ist. Sie nimmt an Kommunalwahlen, aber nicht an Wahlen zur Knesset teil. Politische Forderungen von Abnaa el-Balad sind unter anderem die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat und auf ihr Land, ein Ende der israelischen Besatzung und des zionistischen Apartheidsregimes sowie die Gründung eines demokratischen säkularen Staates in Palästina als endgültige Lösung des arabisch-zionistischen Konflikts.
- 18 Dabei handelt es sich um eine außerparlamentarische Dachorganisation, die israelische Palästinenser*innen auf der nationalen Ebene vertritt. Es ist das wichtigste repräsentative Gremium, das sich mit Fragen allgemeiner Bedeutung für alle palästinensischen Bürger*innen Israels befasst und verbindliche Entscheidungen fällt. De facto wird das Komitee zwar vom Staat anerkannt, eine gesetzliche Grundlage seiner Aktivitäten fehlt jedoch bisher.
- 19 Die Arabische Demokratische Partei wurde 1988 von Abdulwahab Darawsche gegründet. Zu ihren politischen Zielen gehörten die Anerkennung der PLO, die Schaffung eines eigenen palästinensischen Staates und die Gleichstellung der palästinensischen Bürger*innen in Israel.
- 20 The Follow-up Committee on Arab Education, Israel: A Snapshot of the Arab Education System in Israel, unter: www.adalah.org/uploads/oldfiles/newsletter/eng/sep05/comi2.pdf
- 21 Vgl. <http://tarabut.info/en/home/>.
- 22 Vgl. www.sikkuy.org.il/?lang=en.
- 23 Vgl. www.phr.org.il/en/.

Glossar

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach der Nakba/dem Krieg von 1948 (1947–1949) auf dem Territorium des neugegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen), einschließlich der „anwesenden Abwesenden“, erhielten die israelische Staatsbürgerschaft, wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark beeinträchtigt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben (bis heute) Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen (das heißt ca. 20 Prozent der Israelis) angehören. Für weitere Informationen über die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels siehe Die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels.

Balad/al-Tadschamu'

Die Demokratische Nationale Allianz, 1995 als Abspaltung aus Chadasch/al-Dschabha gegründet, definiert sich als demokratische progressive nationale Partei für die palästinensischen Bürger*innen Israels. Die in sozialen Fragen eher sozialdemokratisch orientierte Partei unterstützt die Zweistaatenlösung, zugleich lehnt sie den ausschließlich jüdischen Charakter Israels ab und möchte Israel in eine Demokratie für alle Bürger*innen, unabhängig von ihrer nationalen und ethnischen Zugehörigkeit, verwandeln. Darüber hinaus setzt sie sich für die nationalen Minderheitsrechte und eine kulturelle Autonomie der palästinensischen Bürger*innen Israels ein. Sie schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Chadasch/al-Dschabha

Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch ist das Akronym des hebräischen Namens; außerdem das hebräische Wort für neu; al-Dschabha bedeutet auf Arabisch die Front) wurde 1977 von der KPI, die nach wie vor dort eine zentrale Rolle spielt, als Bündnis linksgerichteter Kräfte gegründet und beteiligte sich als solches an den Wahlen. Ihr Slogan ist „Frieden und Gleichheit“. Sie steht für einen Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und für eine Zweistaatenlösung, für die Gleichstellung der Palästinenser*innen in Israel und deren Anerkennung als nationale Minderheit sowie für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Chadasch/al-Dschabha wird mehrheitlich von palästinensischen Israelis gewählt, doch sie legt großen Wert darauf, ein jüdisch-palästinensisches Bündnis zu

sein. Sie ist die politische Heimat von Tausenden jüdischen Wähler*innen, vor allem radikalen, anti- und nicht zionistischen Linken. Sie war i. d. R. mit drei bis fünf Sitzen (von insgesamt 120) in der Knesset vertreten und schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Drus*innen

Angehörige einer monotheistischen Glaubensgemeinschaft, die als Abspaltung des schiitischen Islams im fatimidischen Kairo im frühen 11. Jahrhundert entstanden ist und nach anfänglicher Duldung von dem dortigen Regime verfolgt wurde. Ihre Mitglieder flüchteten in schwer zugängliche gebirgige Gelände im Dreieck des heutigen südwestlichen Syriens, nördlichen Israels und des Libanons, ein Gebiet, das für Jahrhunderte ihr Lebenszentrum wurde. Während des Krieges von 1948 wurde im April 1948 ein Abkommen zwischen der drusischen Führung und der des Jeschuws geschlossen, in dem ihnen versprochen wurde, dass ihre Ortschaften nicht angegriffen werden, falls sie sich nicht an den Kampfhandlungen beteiligen. Das Versprechen wurde eingehalten. 1957 wurden die Drus*innen als selbstständige Glaubensgemeinschaft formell in Israel anerkannt. Drusen dienen in der israelischen Armee, in der Vergangenheit häufig in einer speziellen Einheit, die 2015 aufgelöst wurde. Seit Anfang der 1970er Jahre gibt es verschiedene drusisch-zionistische Bewegungen, in der letzten Zeit meldet sich aber auch zunehmend eine Gegenbewegung von Drus*innen zu Wort, die sich als Teil der palästinensischen Bevölkerung Israels verstehen. Heute gibt es ungefähr 117.000 drusische Staatsbürger*innen in Israel, die zumeist im Norden des Landes leben und generell besser in die israelische Gesellschaft integriert sind als andere nicht jüdische Staatsbürger*innen. Weitere ca. 20.000 Drus*innen leben in den vier verbliebenen ehemaligen syrischen Ortschaften auf den 1967 eroberten Golanhöhen. Obwohl sie seit Ende der 1970er Jahre die israelische Staatsbürgerschaft erhalten können, haben bisher nur wenige (ca. zehn Prozent) von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung – die größte ist). Als sie 1964 in Kairo gegründet wurde, trat sie für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in der UNO. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen

Herrschaftsanspruch auf die Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat (ein zentrales Organ der PLO) die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an und stimmte den UNO-Sicherheitsratsresolutionen 242 (Forderung des Rückzugs Israels aus den 1967 besetzten Gebieten) und 338 (Waffenstillstand nach dem Krieg 1973) zu. Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die aufgrund der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO. Allerdings besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor. Das gilt auch für seinen Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Gazastreifen

Ein rund 360 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen leben. Er ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Der Gazastreifen befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neugegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch den Gazastreifen, die Besatzung besteht bis heute fort. Die israelische Besiedlung begann 1968 mit zwei Nachal-Lagern (das heißt mit Lagern der 1948 gegründeten kämpfenden Pionierjugend, die Militärdienst mit Landwirtschaft verband) und der ersten Siedlung (1970) in Gusch Katif, dem Gebiet, das im Laufe der Zeit zu einem Siedlungsblock wurde. Zudem wurde 1970 auch ein Industriegebiet bei Erez, am nördlichen Ende des Gazastreifens, errichtet, in dem israelische Unternehmen (billige) palästinensische Arbeitskräfte beschäftigten. Der Bau und Ausbau der Siedlungen, meist kooperative (landwirtschaftliche) Moschawim, wurde in den 1980er Jahren intensiviert, unter anderem durch die Ansiedlung von israelischen Siedler*innen, die Jamit (auf der Sinai-Halbinsel) im Zuge des Friedensvertrags mit Ägypten (1979) hatten verlassen müssen. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der israelischen Siedlungen und Armeelager) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde

übergeben. Das Industriegebiet bei Erez erlebte dadurch einen Aufschwung, weil die Möglichkeit, in Israel zu arbeiten, nicht mehr bestand. Um den Gazastreifen wurde auf der Grünen Linie eine Sperranlage errichtet (1994–1996). Allerdings beansprucht Israel darüber hinaus im Gazastreifen ein ursprünglich 50 Meter, heute 300 Meter breites „Sperrgebiet“ (entlang der Anlage), das Palästinenser*innen nicht betreten dürfen. Da dieses Gebiet als solches nicht markiert ist, werden dort immer wieder Menschen von der israelischen Armee erschossen. Am Anfang der Zweiten Intifada zerstörten Palästinenser*innen die Sperranlage weitgehend, aber Israel errichtete sie erneut (2000/01). Im Zuge der eskalierenden Gewalt während der Zweiten Intifada wurde unter anderem der Gazastreifen weitgehend abgeriegelt, der 1998 eröffnete Flughafen zerstört, die israelische Armee bombardierte Ziele im Gazastreifen aus der Luft und mit Artilleriefeuer und zum ersten Mal wurden Raketen von palästinensischer Seite vom Gazastreifen aus auf die umliegenden Gebiete in Israel abgeschossen. Im Rahmen der von Israel durchgeführten Entflechtung 2005 (auf Deutsch häufig Abkoppelung genannt) wurde die Industriezone bei Erez geschlossen, die israelischen Siedlungen (in denen ca. 9.000 Menschen lebten) wurden geräumt und die Gebäude zerstört, bevor die israelischen Bodentruppen sich aus dem Gebiet zurückzogen. Israel kontrolliert weiterhin den Luftraum, die Küstengewässer und alle Überland-Zu- und Ausgänge des Gazastreifens für Waren und Personen (an der Grenze im Süden ist die Kontrolle indirekt, per Übereinkommen mit Ägypten). Nachdem die Hamas aus dem bewaffneten Konflikt mit der Fatah als Sieger hervorgegangen war und 2007 die Regierung im Gazastreifen übernommen hatte, verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) die nach den palästinensischen Wahlen 2006 auferlegten Sanktionen und begann eine Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Die Abriegelung besteht bis heute (siehe: <http://gisha.org/>). Immer wieder folgten daraufhin weitere Wellen der Gewalt durch Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen nach Israel und kleinere und größere Angriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen (die größeren Operationen: 2008 „Heißer Sommer“, 2008/9 „Gegossenes Blei“, 2012 „Zurückkehrendes Echo“, 2012 „Wolkensäule“, 2014 „Starker Fels“), bei denen viele Menschen (insbesondere palästinensische Zivilist*innen im Gazastreifen) verletzt und getötet sowie viele Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen und Infrastrukturen zerstört wurden. Ein Wiederaufbau ist im Gazastreifen aufgrund der Abriegelung kaum möglich. Artikel auf unserer Webseite: Fakten über den Gazastreifen

Gemeinsame Liste

Name der gemeinsamen Wahlliste von Chadasch/al-Dschabha, Balad/al-Tadschamu', der Vereinigten Arabischen Liste (geführt vom südlichen Flügel der Islamischen Bewegung) und Ta'al, die erstmals zu den Knesset-Wahlen 2015 antrat. Die Gemeinsame Liste gewann 13 Mandate und wurde damit drittgrößte Fraktion in der Knesset. Sie repräsentiert die absolute Mehrheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ist zugleich Heimat linker, anti- und nicht zionistischer Jüdinnen und Juden, die vor allem an Chadasch/al-Dschabha angebunden sind. Gleichzeitig ist ihr Programm auf das gesamte israelische Gemeinwesen ausgerichtet, wobei die Forderung nach Beendigung der Besatzung aller seit 1967 besetzten Gebiete sowie der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Arbeiterrechte die Hauptpfeiler sind.

Golanhöhen

Israel eroberte das Gros der syrischen Golanhöhen im Krieg von 1967. Von mehr als 120.000 syrischen (überwiegend drusischen) Einwohner*innen verblieben weniger als 7.000 (zumeist: Drus*innen) unter israelischer Herrschaft. Sie erhielten zunächst permanente Aufenthaltsgenehmigungen und können seit Ende der 1970er Jahre die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Die israelische Besiedlung der besetzten Golanhöhen, die Israel 1981 annektierte, begann in den 1970er Jahren. Die Annexion ist international nicht anerkannt. Heute leben auf den Golanhöhen ca. 20.000 Drus*innen und ca. 20.000 jüdische Siedler*innen.

Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannten Grenzen, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt. Aufgrund gezielter Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern verschwinden lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr jüdischen Siedler*innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem israelischen kollektiven Bewusstsein.

Intifada, Erste

(arabisch für: Abschütteln) bezeichnet den Aufstand/Widerstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jeruselems) und des Gazastreifens gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der

nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinwerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Die israelische Armee versuchte, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte dabei Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte ca. 100 tote Zivilist*innen sowie ca. 60 tote Armeeingehörige.

Intifada, Zweite

(arabisch für: Abschütteln) bezeichnet den Aufstand/Widerstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jeruselems) und des Gazastreifens gegen die israelische Besatzung. Die Zweite Intifada, die auch Al-Aqsa-Intifada (nach dem Namen der Moschee neben dem Felsendom) genannt wird, wurde durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als in der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend durch die palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Gewehren geführt, und zwar auch innerhalb Israels. Israel setzte mitunter Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon 2005 beendet.

Islamische Bewegung

Die Islamische Bewegung in Israel, von den ägyptischen Muslimbrüdern beeinflusst, wurde 1971 gegründet und arbeitete zunächst primär im sozialen Bereich. 1989 beteiligte sie sich zum ersten Mal in einigen Orten an den Kommunalwahlen – mit Erfolg (so wurde ihr Kandidat Bürgermeister von Umm al-Fahm). Die interne Debatte über das Oslo-I-Abkommen (1993) spaltete die Bewegung in zwei Fraktionen: den nördlichen Flügel (der das Abkommen ablehnte) und den südlichen Flügel. Während der nördliche Flügel Israels Legitimität nicht anerkennt und folglich zum Boykott der allgemeinen Wahlen in Israel aufruft, steht der südliche Flügel für eine Zweistaatenlösung nach einem Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, für die Anerkennung der Palästinenser*innen in Israel als nationale Minderheit, für eine sozialdemokratisch geprägte sozioökonomische Ordnung und für eine „islamisch geprägte“, konservative gesellschaftliche Erneuerung. Folglich beteiligt sich der südliche Flügel seit 1996 an den Wahlen und tritt als Teil

der Vereinigten Arabischen Liste (Ra'am) an. Im Laufe der Zeit wurde er zur stärksten Kraft in dieser Wahlliste. Zur Wahl 2015 schloss sich Ra'am mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen. 2015 wurde der nördliche Flügel (mit all seinen Unterorganisationen) verboten.

Knesset

(hebräisch für: Versammlung; nimmt Bezug auf die Große Versammlung, das heißt dem nach Überlieferung aus 120 Mitgliedern bestehenden Obersten Rat der jüdischen Gemeinden nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil) bezeichnet das israelische Parlament in Jerusalem, dem 120 Abgeordnete angehören, die nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von derzeit 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich Parteien oder Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert in der Regel vier Jahre (siehe: <http://knesset.gov.il/main/eng/home.asp>).

Kommunistische Partei Israels (KPI)

Die KPI ging nach der Staatsgründung 1948 aus der KPP hervor. Sie definierte sich als nicht zionistische, jüdisch-arabische kommunistische Partei. 1954 schloss sich eine relativ große jüdische Gruppe unter der Führung des charismatischen Moshe Sneh (1909–1972, ehemals Mapam) der Partei an. Sneh sah in der Sowjetunion die aufsteigende Weltmacht und wollte Israel in deren Orbit bringen. 1965 kam es zur Spaltung: Eine mehrheitlich arabische Fraktion verließ die Partei und gründete die Rakach (Neue Kommunistische Liste), die allerdings von der Sowjetunion erst als kommunistische Partei anerkannt wurde, nachdem ihre Konkurrentin unter Snehs Führung den Krieg von 1967 unterstützt hatte. Ihren Namen KPI konnte sie sich erst Ende der 1980er Jahre zurückerobern, obwohl ihre Konkurrentin bald nach Snehs Tod zusammenbrach. 1977 bildete Rakach zusammen mit verschiedenen linkssozialistischen Gruppen die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, Chadasch/al-Dschabha, und beteiligte sich so an den Wahlen. Sie war i. d. R. mit drei bis fünf (von 120) Sitzen in der Knesset vertreten und schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Krieg von 1948

müsste richtiger der Krieg von 1947 bis 1949 heißen; offizielle israelische Bezeichnung meist: Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg; von Palästinenser*innen als Nakba (arabisch für: Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann nach dem UNO-Teilungsplan 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen. Nach der Gründung des israelischen Staates (Mai 1948) beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und Irak.

Die 1949 festgelegten Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten werden diese Grenzen als Grüne Linie bezeichnet.

Krieg von 1967

Offizielle israelische Bezeichnung meist: Sechstagekrieg; von arabischer Seite mitunter auch als naksa (arabisch für: Rückschlag) bezeichnet. 5. bis 10. Juni 1967; Krieg zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite. Israel eroberte die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem). Israel räumte den Sinai nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens (1979). Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Law of Return – (Rückkehrgesetz)

Israelisches Gesetz, das 1950 verabschiedet wurde. Es gibt Jüdinnen und Juden (und deren Partner*innen) das Recht, nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft sofort zu erhalten. 1970 wurde dieses Anrecht per Gesetz auf die Kinder und Enkelkinder von Jüdinnen und Juden (sowie deren PartnerInnen) ausgeweitet.

Military Rule – (Militärregierung; 1948–1966)

Nach der Staatsgründung erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden „Sperrzonen“ (Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie – insbesondere im Negev – ein relativ dünnbesiedeltes Gebiet) errichtet. Palästinenser*innen, die außerhalb dieser „Sperrzonen“ lebten, wurden in eine solche gebracht. Die „Sperrzonen“ unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs-(Notstands-)Verordnungen beruhte, beherrscht. Für die palästinensischen Staatsbürger*innen bedeutete dies, dass sie die ihnen zugeteilte „Sperrzone“ nur mit Sondergenehmigung verlassen durften und dass auch andere zentrale Grundrechte (wie zum Beispiel das Recht auf richterliche Anhörung und Gerichtsverfahren bei Inhaftierung) aufgehoben waren. Die Militärregierung endete formell 1966.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete „Oslo I“ sowie das 1995 in Taba unterzeichnete „Oslo II“. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der Westbank und des Gazastreifens wurden der begrenzten Selbstverwaltung durch die zu diesem Zweck geschaffene palästinensische Autonomiebehörde unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten, dann annektierten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und umliegende Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten „permanente Aufenthaltsgenehmigungen“, die allerdings nicht notwendigerweise permanent sind (seit 1995 werden sie in zunehmendem Maße entzogen). Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist (siehe u.a. E1-Zone), wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz als grundlegendes Gesetz, wonach Jerusalem „die ewige, vereinigte und unteilbare Hauptstadt Israels“ sei. Die UNO-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser*innen, den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und

Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird. Artikel auf unserer Webseite: Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem – Daten und Fakten

Westbank

(auf Deutsch auch Westjordanland genannt) ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute ca. 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwas mehr als 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neugegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, die Besatzung besteht bis heute fort. Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und umliegende Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die israelische Besiedlung anderer Teile der Westbank begann zunächst im Jordantal (meist Kibbuzim und kooperative landwirtschaftliche Moschawim) und im Rahmen einiger explizit „ideologischer“ Siedlungsprojekte, wie zum Beispiel Kfar Etzion (zwischen Jerusalem und Hebron) oder Kirjat Arba (am Stadtrand von Hebron). Ansonsten wurden Nachal-Lager (das heißt Lager der 1948 gegründeten Kämpfenden Pionierjugend, die Militärdienst mit Landwirtschaft verband), errichtet, die sich erst im Laufe der Zeit in zivile Siedlungen verwandelten. Seit dem Regierungswechsel 1977, bei dem eine Likud-geführte Koalition an die Macht kam, wird der Bau von Siedlungen systematisch und kontinuierlich vonseiten der Regierung gefördert. Da nur Ost-Jerusalem und Umgebung von Israel annektiert wurden, untersteht die palästinensische Bevölkerung in der übrigen Westbank (im Gegensatz zu den Siedler*innen dort) der israelischen Armee, deren primäre Aufgabe dort darin besteht, Widerstand gegen die Besatzung zu bekämpfen und Siedler*innen und Siedlungen zu schützen. 1982 wurde infolge des Friedensabkommens mit Ägypten (1979) die direkte Militärherrschaft in zivilen Angelegenheiten durch die sogenannte Zivilverwaltung ersetzt. Im Gegensatz zu dem, was ihr Name vermuten lässt, handelt es sich dabei um eine Behörde, die direkt dem israelischen Verteidigungsministerium unterstellt ist. Im

Zuge der Oslo-Abkommen (1993 u. 1995) wurde die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) geschaffen und die Westbank (ohne das annektierte Ost-Jerusalem) in drei Zonen (A, B und C) aufgeteilt. Die PA ist (unter israelischem Vorbehalt) für die Enklaven der A-Zonen und die zivilen Angelegenheiten in den B-Zonen verantwortlich, während 60 Prozent des Gebiets unter direkter israelischer Kontrolle stehen. Bereits im Zuge der Ersten Intifada wurde 1992 mit der Errichtung einer teilweisen Trennungsbarriere entlang der Grünen Linie begonnen. Während der Zweiten Intifada (2000), in deren Rahmen Anschläge in Israel verübt wurden, beschloss die israelische Regierung, eine durchschnittlich 60 Meter breite Sperranlage (siehe: www.btselem.org/topic/separation_barrier) an der gesamten Strecke entlang zu bauen. Diese wird allerdings zumeist nicht auf der Grünen Linie errichtet, sondern in der Westbank (mitunter bis zu 20 Kilometer von der Grünen Linie entfernt), um israelische Siedlungen von der übrigen Westbank zu trennen (wobei auch ca. 23.000 Palästinenser*innen, die dort leben, von der übrigen Westbank getrennt werden, ohne dass sie – im Gegensatz zu den israelischen Siedler*innen – Zugang nach Israel haben). Bisher wurden ungefähr 70 Prozent der Sperranlage fertiggestellt. Seit 2014 wird der Weiterbau von der Regierung nicht weiter forciert, insbesondere aufgrund der Kritik der Siedler*innen, die in der Sperranlage einen potenziellen Verzicht auf die übrigen Teile der Westbank sehen.

Zweistaatenlösung

In der Debatte um die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bezeichnet der Begriff die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) ein palästinensischer Staat entsteht. Diese Konzeption kann als eine revidierte Version des UNO-Teilungsplans von 1947 angesehen werden, die die historischen Entwicklungen berücksichtigt. Es werden/wurden auch Varianten der Zweistaatenlösung vertreten: So wird unter anderem von israelischer Seite oft die Teilung Jerusalems abgelehnt sowie die Räumung der sogenannten Siedlungsblöcke, wobei mitunter angeboten wird, andere Gebiete Israels dem zu entstehenden palästinensischen Staat als Ersatz zu überlassen. Im Zusammenhang mit einem eventuellen Landtausch wird von rechten israelischen Politiker*innen zuweilen gefordert, palästinensische Bürger*innen Israels zusammen mit dem Land „abzutreten“.